IN★FO

7
1970

hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen

DIE KORRUPTION IST EVIDENT:
DIE ÜSTRA UND DAS PARLAMENT
BEGAUNERN DICH MIT SCHEINDEBATTEN.
SIE TREIBEN OFFEN DEN BETRUG
BIS DASS IHR SCHREIT: ES IST GENUG!

INHALT INFO 7/ 70

S. 3: Detlev Claussen : Für eine materialistische Rezeption der Leninschen Theorie

S. 6: Axel R. Oestmann (BPG III) : Schulung und Organisation - Organisation und Schulung

S. 9: Zentralkollektiv der SALG : ÜSTRA - Aktion 70

S.11: Alvons Diemer :Anmerkung zur Pressefreiheit
Die Freie Presse als Rathauspresse (Analyse zur ÜSTRA - Berichterstattung)

S.19: Dokumentation : Flugblätter zur ÜSTRA - Aktion

S.26: Termine und Informationen

"Zum langen Marsch" -
Kneipe der hannoverschen
linken
Engelbostelerdamm 22

Bestellschein

Ich abonniere das INFO - hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen ab sofort für ein halbes Jahr zum Preis von 12.-DM (inclusive Porto und Sondernummern).

Name.....Vorname.....

Wohnort.....Straße.....

FÜR EINE MATERIALISTISCHE REZEPTION DER LENINSCHEN THEORIE

Der 100. Geburtstag Lenins, der zum internationalen KP-Jubeldatum erklärt worden ist, ist für uns gerade die richtige Gelegenheit, der götzendienerhaften Fetischisierung einer Person entgegenzutreten, die nur zur Rechtfertigung der eigenen Praxis herbeigezerrt wird um den Preis einer notwendigen Verstümmelung der auf historisch-materialistisches Begreifen einer bestimmten geschichtlichen Epoche abzielenden Leninschen Theorie zu einem prinzipienreiterischen und ungeschichtlichen Schatzkästlein revolutionärer Allgemeinheiten.

Lenin hat mit größter Radikalität die Marxsche Theorie auf bestimmte geschichtliche Verhältnisse -und eben auch seit Marx und Engels veränderte- angewendet und war sich zugleich bewußt, daß diese bestimmten Verhältnisse auch die materialistischen Erkenntnisschranken der Theorie darstellen, die in anderen geschichtlichen Strukturen und veränderten Erfahrung der Praxis bedürfen. Die adäquate Theorie schließt die umfassende Kritik der revolutionären Theorie der vergangenen Epochen notwendig ein -sonst verkäme sie zu einem bloß geschichtlichen Interpretieren der Tradition marxistischer Klassik oder zu einer scholastischen Anbetung immer schon anerkannter Lehrsätze, die das historisch-materialistische Kriterium des Erkennens der aktuellen gesellschaftlichen Totalität nicht mehr enthalten. Da weder Religion noch bürgerliche Geisteswissenschaft, denen die Ideologien der Altkommunisten wie der Jungsekterierer so sehr verwandt sind, keinen Zugang zur Leninschen Theorie und Praxis eröffnen, ist es notwendig, zunächst den Zusammenhang des Leninschen Denkens und Handelns als ein Moment der Epoche des ersten Sieges einer proletarischen Revolution zu begreifen.

Die Entwicklung des Imperialismus (Konstituierung eines wirklichen Weltmarktes, Konkurrenz der imperialistischen Führungsmächte, Weltkrieg und die zunehmende Bedeutung des internationalen Aspekts der proletarischen Revolution) und der naturwüchsigen Kapitalisierungsprozeß des zaristisch-feudalen Rußland, den das Proletariat mit Macht zu vollenden hat, um den Sozialismus im Rahmen eines sozialistischen Europa aufzubauen, sind die von Lenin analysierten Bedingungen der Aktualität der russischen -wie der Weltrevolution. Diese gleichzeitig- ungleichzeitigen Momente einer über den einfachen Konkurrenzkapitalismus schon hinausgegangenen Entwicklung im Westen Europas und eines sich zersetzenden, zurückgebliebenen autokratischen Feudalrußland, verbinden sich in der Leninschen Theorie zu einer E i n h e i t, die gerade ihre geschichtliche Wirksamkeit wie Ambivalenz ausmacht. Ihre historische Begrenztheit trägt bei Lenin -im Gegensatz zu der von Marx und Engels entwickelten -besondere Züge: löste sich bei ihnen der philosophische Materialismus auf in die Kritik der politischen Ökonomie, auf deren Basis eine nicht systematisch voll entwickelte, explizite Theorie des Klassenkampfes entstehen konnte, so treten bei Lenin philosophische, ökonomische wie aktuell klassenkämpferische Überlegungen scheinbar auseinander. In "Materialismus und Empiriokritizismus" entwickelt Lenin, der dieses Buch in seiner Bedeutung gerne abzuwerten pflegte, erkenntnistheoretische Grundlagen einer materialistischen Theorie, die von den Marxschen Vorstellungen scharf zu unterscheiden sind: Im Gegensatz zu der dialektischen Logik des Marxschen "Kapital", die die universale Vermittlung des Zusammenlebens durch die Ware in den bürgerlichen Verkehrsformen zur Grundlage hat und an deren theoretischer wie praktischer Kritik sie sich abarbeiten muß, gibt Lenin einer an der Praxis der Naturwissenschaften orientierten Theorie der Approximation an die Wahrheit den Vorrang. In der sozialistischen philosophischen Diskussion eines Landes, in dem die entfalteten bürgerlichen Verkehrsformen noch keine gesellschaftliche Wirklichkeit haben, betont Lenin erkenntnistheoretisch eine Position, in der die bestimmte Negation (seit Marxens Hegelkritik zentraler materialistischer Bestandteil der Marxschen Theorie) der bürgerlichen Wissenschaft keinen Platz hat, sondern diese Wissenschaft zu einer (für das zaristisch-feudale Rußland evident) Emanzipationskraft ersten Ranges wird.

Die Verwirklichung der Emanzipationskräfte der bürgerlichen Gesellschaft verbindet Lenin geschichtlich mit der Kapitalisierung des feudalen Rußland und der Unfähigkeit seiner Bourgoisie, in der geschichtlichen Ungleichzeitigkeit des neunzhnten Jahrhunderts die demokratischen Inhalte der französischen Revolution von 1789 in Rußland durchzusetzen. Wie sich in der kommenden russischen Revolution bürgerliche und proletarische Inhalte mischen sollten, so sind in der Leninschen Theorie bürgerlicher und historisch-dialektischer Materialismus verbunden, ohne daß sie jedoch zu vermitteln wären. So tritt neben die philosophische Seite der Theorie bei Lenin eine revolutionäre, dialektische des Klassenkampfes, die aus einer Analyse der internationalen wie nationalen Entwicklungstendenzen Bedingungen und Möglichkei-

ten der Revolution ableitet. In seiner frühen Schrift "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" hatte er die Grundlagen für seine Einsicht entwickelt, daß nicht eine amorphe Volksmasse nach der Vorstellung der Narodniki, sondern das bestimmte Bündnis der Arbeiter und Bauern die bürgerliche Revolution gegen den Zarismus in die Revolution zu transformieren habe, die einzig die Voraussetzungen für die Errichtung des Sozialismus in Rußland schaffen konnte.
Da durch den einsetzenden Kapitalisierungsprozeß die russische Gesellschaft sich in rapider Zersetzung befand, war schon nach 1905 deutlich, daß in Rußland die Revolution quasi naturwüchsig herannahte. Während des ersten Weltkrieges konkretisierte Lenin eine alte Vermutumg, indem er diese handfeste politisch-ökonomische Krisenerscheinung des Imperialismus als Bedingungen der Möglichkeit einer revolutionären Situation in Europa interpretierte. Die Umwandlung des Weltkrieges in einen Bürgerkrieg war in Rußland am ehesten möglich, und Lenin konzentrierte die russische Revolution als Auslöser der deutschen und damit europäischen. Der wirkliche Geschichtsverlauf hat diese Theorie Lenins verifiziert -"nur" endete die deutsche Revolution mit einer Niederlage.
Wenn die geschichtlichen Verhältnisse schon die Probleme so verschoben, daß das deutsche Proletariat erst durch die Anschauung der Praxis des russischen von der Möglichkeit der Revolution überzeugt werden konnte, musste die Niederlage der deutschen Revolution das interantionalistische Konzept der russischen erschüttern. Lenin als Praktiker und Theoretiker der russischen Revolution wuchs objektiv in Führerrollen gegenüber den revolutionären Parteien der vom Stand der Produktivkräfte entwickelteren kapitalistischen Länder hinein. Das Scheitern der III. Internationale in der Stalinschen Periode, das Absterben der revolutionären Emanzipationsgehalte in Sowjetrußland bezeichnen geschichtliche Prozesse, in denen die objektiven Umstände die bewußte Kraft einer Partei übersteigen und zugleich schon keimhaft als kontingente Momente in die Theorie selbst der subjektiv revolutionärsten Theoretiker eingehen.
In dem geschichtlichen Wiederaufleben ehemals revolutionärer Theorien, die schon zu ihrer Zeit aus objetiven Gründen nicht unproblematisch waren, kehren die verdi nglichten Momente dieser Theorien in entstellendster Form wieder. Ist bei den alskommunistischen KP-Theoretikern in widerlichster Weise die revolutionäre Seite der elften Feuerbachthese zugunsten eines ökonomistischen naturwissenschaftlichen Szientismus revidiert worden, so kehren die Jungsektierer gerade das Moment der Disziplin in der Leninschen Parteikonzeption hervor, ohne auf deren spezifischen INhalt in der russischen Gesellschaft nur im mindesten zu achten. Selbst Georg Lukacs, der der Leninschen Kaderpartei keineswegs kritisch gegenüberstand, war wie Lenin Materialist genug, um jeden ungeschichtlichen Modelltypus einer Organisation strikt abzulehnen. "Die Partei als straff zentralisierte Organisation der bewußtesten Elemente des Proletariats -und nur dieser- ist als Instrument des Klassenkampfes in einer revolutionären Zeit gedacht. 'Man kann nicht' -sagt Lenin-, 'mechanisch das Politische vom Organisatorischen trennen', und wer die bolschewistische Parteiorganisation unabhängig von der Frage, ob wir in der Zeit der proletarischen Revolution leben, bejaht oder verneint, hat von ihrem Wesen garnichts verstanden." (Lukacs, Lenin, Februar 1924).
Lenin geht von der Aktualität -darauf hat Lukacs richtig hingewiesen- der russischen und der Weltrevolution aus. Die russische Kaderorganisation hat die doppelte Aufgabe und darin liegt die Bedeutung der Disziplin, einerseits in einem zurückgebliebenen Land, durch schärfste theoretische Auseinandersetzungen hindurch, das Bewußtsein da von durchzusetzen, daß die russische Revolution nicht bei der Ralisierung bürgerlich-demokratischer Forderungen stehenbleiben kann (ein Bewußtsein, das sich keinesfalls notwendig aus der Stellung des russischen Proletariats im gesellschaftlich Produktion- und Reproduktionsprozeß ergab) andererseits in Rußland eine wegen der Repression der Autokratie notwendg illegale Organisation zu schaffen, die -wenn sie kontinuierlich arbeiten wollte und nicht zum Propagandazirkel verkommen- überleben und schließlich die Fähigkeit zum bewaffneten Kampf haben mußte.
Die Zentralisation der Bolschewikij hatte ihre materielle Basis darin, daß die Zersetzung des alten Rußland sich naturwüchsig vollzog und das Bündnis von Arbeitern und Bauern zwar auf gemeinsamen Kampfziel nicht aber auf gemeinsamen Klasseninteressen beruhte. Gerade aus diesen konkreten geschichtlichen Bedingungen ergibt sich die Ambivalenz der Leninschen Partei.
1. In ihr ist als einziger die richtige Einsicht in den Geschichtsverlauf verankert, da die Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft noch nicht zur sinnlichen Erfahrung einer gesamtgesellschaftlichen Majorität des Proletariats gewor-

sind. Sie schafft eine INstanz -die Parteizentrale- über den Klassen, nicht wie bei Marx und Engels die Partei als das bewußteste "Element" der proletarischen Klasse.
2. Die revolutionären KLassenkämpfe in Rußland entwickeln sich fast naturwüchsig in einer Dialektik von bürgerlicher und proletarischer REvolution -sie machen eine Avantgarde notwendig, die in diese klare geschichtliche TEndenz eingreifen kann. ZUgleich aber ist der Sieg des Sozialismus von der Weltrevolution abhängig.
3. Die russische Gesellschaft ist für die Sowjetdemokratie nicht reif,.Insofern muß die proletarische Partei, um den kleinbürgerlichen wie bäuerlichen Zersetzungstendenzen zu begegnen, die Disziplin in der gesamten GEsellschaft durchsetzen als Voraussetzung der Entwicklung der Produktivkräfte, deren Objekt das Proletariat im isolierten nachrevolutionären Rußland noch bleiben muß.
Diese geschichtliche Problematik begründet die Verkürzung der emanzipatorischen Tendenzen der Marxschen Lehre in der Theorie Lenins. Wenn bürgerliche Wissenschaft und auch die Fabrikdisziplin für die russische Gesellschaft emanzipative Formen gesellschaftlichen Verkehrs darstellen, so begründet die Notwendigkeit der INdustrialisierung doch einen Konflikt der Leninschen Theorie mit den Trägern der Revolution. Der Staat, von Lenin großartig als revolutionäres INstrument der Klassenherrschaft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Sinne von Marx und Engels wieder eingeführt, wird durch die Isolation der russischen Revolution zum zusammenhaltenden Moment der russischen Gesellschaft. Entgegen der Leninschen Theorie kann er nicht abgeschafft werden, sondern verdinglicht zu einem nachrevolutionären Gewaltverhältnis über den Köpfen der Arbeiterklasse.
Die Leninsche Theorie ist in der Praxis der russischen Revolution wie der III. Internationale ein revolutionäres Instrument gewesen, die mehr als alle anderen Theorien der Epoche geschichtliche Wirksamkeit erlangt hat. Ihre geschichtslose Neuaufnahme in vielen Gruppen, die aus der antiautoritären Studentenbewegung hervorgegangen sind, übersieht allzugern den bedingten und begrenzten Charakter jeder wirklich materialistischen Theorie. Weder können wir uns heute bürgerliche Wissenschaft, die als nachfaschistische zum begriffslosen Moment des Systems kapitalistischer Arbeit und Arbeitsteilung geworden ist, noch die Ausdehnung der Fabrikdisziplin auf die gesamte Gesellschaft als emanzipatorische Momente einer revolutionären Praxis vorstellen, es geht vielmehr um deren Abschaffung.
Ebenso ist nach den Erfahrungen von Weltwirtschaftskrisen und Faschismus eine historische Dialektik nicht mehr zutreffend, die eine eherne Logik in der Produktion revolutionärer Situationen in den Metropolen annimmt.

Ist für Lenin eine revolutionäre Situation dann gegeben, wenn die unteren Schichten nicht mehr wollen, und die oberen Schichten nicht mehr können, kann das heute nur heißen, diesen Willen durch die praktische Kritik wie revolutionäre Theorie mitzuproduzierm. Dazu bedarf es -das ist die Lehre der Studentenbewegung- einer ebenso untraditionellen Theorie wie Praxis, die sich an der Entwicklung des Spätkapitalismus von 1970 orientirte und nicht an den ersten Formen des Imperialismus als Weltsystem von 1917. Wenn Revolution nach Lenin schon keine Exportware ist, so revolutionäre Theorie schon garkeine billige Importware -weder aus vergangenen geschichtlichen Epochen noch aus fernen Ländern, für die die erste große Entfaltung der Produktivkräfte noch geschichtliche Zukunft ist.

Detlev Claussen

Wilhelm Reich: Die charakterolische Überwindung des Ödipuskomplexes
Sigmund Freud: Der Untergang des Ödipuskomplexes

zusammen 30 Seiten, für 1,-Dm bei der INFO-Redaktion zu bestellen

ebenfalls Georg Lukács: Wissenschaftliche Intelligenz, Schulung, Organisationsfr.
Frühe Aufsätze 1919-1921

104 Seiten, 3,-DM

INFO-Redaktion, 3 Hannover, Weckenstr.3

"Marx begnügte sich nicht damit, dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, "himmelsstürmenden" Kommunarden Begeisterung zu zollen. Er sah in der revolutionären Massenbewegung, obwohl sie ihr Ziel nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen gewissen Schritt vorwärts in der proletarischen Weltrevolution, einen praktischen Schritt, der wichtiger ist als Hunderte von Programmen und Auseinandersetzungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren für die Taktik zu ziehen, auf Grund dieses Versuchs seine eigene Theorie zu überprüfen - das war die Aufgabe, die Marx sich stellte."
W. I. Lenin, Staat und Revolution, Dietz, S. 39

***

"Nichts ist berechtigter als Hinweise auf die ständige Notwendigkeit der Vertiefung und Erweiterung, der Erweiterung und Vertiefung unseres Einflusses auf die Massen, unserer streng marxistischen Propaganda und Agitation, unseres Verbundenseins mit dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse usw. Aber gerade weil solche Hinweise stets und immer, unter allen Umständen und in allen Situationen berechtigt sind, dürfen sie nicht zu besonderen Losungen gemacht werden, können sie nicht die Versuche rechtfertigen, auf ihnen irgendeine besondere Richtung in der Sozialdemokratie aufzubauen. Hier gibt es eine Grenze; wenn man sie überschreitet, dann führen diese unstreitig richtigen Hinweise zu einer Einengung der Aufgaben und zur Hemmung des Schwungs der Bewegung, zu einem doktrinären Vergessen der dringenden, der vordringlichen politischen Aufgaben der Gegenwart. (...) Aber [illegible] uns vergißt man jetzt oft, daß der Sozialdemokrat, der die Aufgaben der [illegible] auf Pädagogik reduzieren wollte, ebenfalls - wenn auch aus einem anderen Grunde - aufhören würde, Sozialdemokrat zu sein. Wer auf den Gedanken käme, aus dieser "Pädagogik" eine besondere Losung zu machen, sie der "Politik" e n t g e g e n z u s t e l l e n, auf dieser Entgegenstellung eine besondere Richtung aufzubauen, an die Masse im Namen dieser Losung gegen die "Politiker" der Sozialdemokratie zu appellieren, der würde sofort und unvermeidlich zur Demagogie abgleiten." W. I. Lenin, Über die Verwechslung von Politik und Pädagogik, Werke Bd. 8, S. 45o Ff.

Ganz offensichtlich ist es notwendig, ein paar Erinnerungen zu stimulieren. Ziemlich viel von dem, was vor und während der letzten Üstra-Aktionen geschehen ist, scheint von ziemlich vielen Genossen vergessen worden zu sein. Ganz offensichtlich wird vieles von dem, was vor und während der letzten Üstra-Aktionen geschehen ist, sehr gewissenhaft vergessen. Die Üstra-Aktion wird daher nicht in jenem Rahmen diskutiert, in den sie strategisch allein gestellt war; auch die Arbeit oder noch spezifischer: der Arbeitsstil jener Genossen und Gruppen, die die Aktion getragen haben, wird mit ziemlicher Konfusion bedacht. Es laufen allerlei Gerüchte um.

Zur Vorgeschichte der letzten Üstra-Aktion

Die Erhöhung der Üstra-Fahrpreise sollte schon eines der Themen der Generaldebatte der Projekt- und Basisgruppen im SDS Hannover abgeben. Es bestand sogar einmal der Vorschlag, eine Generaldebatte ausschließlich zu diesem Thema statffinden zu lassen. Warum weder diese noch jene Generaldebatte stattfand, ist für die Basis- und Projektgruppen im hannoverschen SDS, für die Üstra-Aktion und für unsere weitere Arbeit von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Spaltung in zwei zunächst nur nominelle, gerade aber auch durch die Üstra-Aktion sich dann politisch verifizierende Fraktionen, kennzeichnet seither die lokale, sozialistische, antirevisionistische Politik.

Seither nämlich gibt es eine Fraktion, die vorübergehend auf die Auseinandersetzung mit dem Kapital verzichtet und sich in mönchische Klausur begibt, um dort zur Erkenntnis zu gelangen, wie der Kampf gegen das Kapital später einmal zu führen sein werde. Diese Fraktion zu kennzeichnen, ohne gleichzeitig in resignative Ironie zu verfallen, ist gegenwärtig nicht möglich. Was die in ihr zusammengefaßten (aber eben - soviel ist sicher - noch nicht organisierten) Gruppen für wert erachten, weitergesagt und im INFO veröffentlicht zu werden, ist bekannt. Eine Auseinandersetzng damit könnte sich [illegible] in den Kategorien bürgerlicher Buchhaltung bewegen. Zu hoffen ist, daß in den Schubladen dieser Genossen noch anderes liegt. Immerhin, sie schulen sich, sie "schaffen Kategorien an", sie organisieren sich, sie [illegible] sich, sie mehren die Ihren wie Amöben - durch Zellteilung. Bald, so ist der Gerüchtstruktur abzuhorchen, wollen sies wie die Termiten versuchen, in

anderen Gruppen Spaltungstendenzen verfolgen,um sich schmackhafte Teile einzuverleiben.Diese Fraktion als ML-Fraktion zu bezeichnen,kann man den ML-Gruppen in anderen Städten nicht zumuten, ganz sicher nicht der in Berlin.

Die Auseinandersetzung mit dieser Fraktion verlief schon im Delegiertenrat zur Vorbereitung der Generaldebatentsprechend unproduktiv,die Generaldebatte selber schien anderen Gruppen unter den gegebenen Umständen sinnlos. Die Sozialitische Arbeiter- und Lehrlingsgruppe (SALG),die Betriebsprojektgruppe III (BPG III),das INFO-Kollektiv,die Projektgruppe Kinderladen, die Druck- und Verlagscooperative,die Basisgruppe Mathematik/Projektgruppe Technologie verließen den Delegiertenrat.Auf diese Weise entstanden nun zwei nominelle Fraktionen,denen es vorerst als ganzen (nur in einzelnen Gruppen gab es mehr Klarheit,vgl. das Delegiertenrats-Papier der BPG III) über die Sicherheit,daß man in diesem Delegiertenrat nicht arbeiten könne,hinaus,also politisch nicht klar war,was sie selber als Fraktion überhaupt kennzeichnete.

Lediglich lag in der "Exodus"-Fraktion (so die im Delegiertenrat verbliebenen Gruppen)ein politischer Ansatz vor,der sich aus der Beurteilung der antiautoritären Phase der Studentenbewegung entwickelt hatte und in der BPG III erarbeitet wurde.Dieser Ansatz betrachtete die antiautoritäre Phase vom Gesichtspunkt der tendenziellen Emanzipationseinheit von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung und - ohne daß allerdings eine detaillierte historisch-materialistische Analyse der eigenen Aktionsgeschichte schon vorlag - auf dieser Grundalge auch wurde auch der Zusammenhang von Empirie, Schulung und Organisation als Zusammenhang von theoriebildender Praxis und praxisbildender Theorie im Hinblick auf die konkrete Politik diskutiert.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Diskussion war es,Institutionen,die ihrer Form und ihrem Inhalt nach nicht mehr als museale Relikte der antiautoritären Phase waren, aufzuheben,daß heißt,den Zusammenhang der schon organisierten und den Zusammenhang der nur mobilisierten über einen Kommunikationszusammenhang zu organisieren;diese Institutionen waren die Mitgliederversammlung (MV),an der sich seither wenig geändert hat,und in seiner damaligen Form auch das INFO.

Uns war schon vor dem Austritt aus dem Delegiertenrat klar,daß es nicht gelingen würde,diese Institutionen aufzuheben,wenn wir diesen Prozeß nicht zugleich mit konkreter Praxis,d.h. mit der klassenkämpferischen Auseinandersetzung vermittelten, weil uns nur so die sich wechselseitig bedingende Vorläufigkeit von Praxis und Schulung und ihr Zusammenhang in der Organisation entwickelbar und kontrollierbar erschien - und im Übrigen auch immer noch erscheint.

Aus dieser Einsicht heraus konkretisierten wir unseren Ansatz,indem wir die Betriebszeitung ARBEITERSACHE als tendenzielles Organ der Betriebsgruppen,d.h. zur Unterstützung ihrer Bildung und dann zur Unterstützung ihrer Arbeit,produzierten und zwar im konkreten Zusammenhang mit der Vorbereitung der Üstra-Aktion;wir bildeten im Zusammenhang mit der Üstra-Aktion Verteilergruppen,und zwar nicht wie jetzt des öfteren zu hören ist und wie es im Zusammenhang mit den Septemberstreiks auch einmal gedacht war,um den ersten Schritt in die Betriebe durch den Schritt vor die Betriebstore einzuleiten,sondern um die Kommunikation mit den Belegschaften der hannoverschen Großbetriebe zu organisieren.

Aus dieser Strategie ergeben sich auch die Erfolgskriterien der Üstra-Aktion selber. Nicht ging es wie noch im letzten Juni darum,irgendwelche Leute in der Innenstadt auf unsere Seite zu bringen und zu mobilisieren und darunter dann auch zufällig ein paar Arbeiter;vielmehr ging es darum, einen praktischen Ansatz zu unternehmen, die These von der Emanzipationseinheit von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung praktisch werden zu lassen.Soweit man es bisher beurteilen kann,ist das gelungen:die ARBEITERSACHE,deren zweite Nummer gerade erschienen ist,hat sich weitgehend institutionalisiert.

Was hingegen die Implikationen betrifft, die das Projekt ARBEITERSACHE für Empirie, Schulung und Organisation der bereits Organisierten und die Organisation der bereits Mobilisierten hat,so scheint allgemeine Unklarheit zu herrschen,zu Zeiten systematisiert bis zur Borniertheit.Nach wie vor ist zahlreichen Genossen Vorläufigkeit mit Zufälligkeit identisch,und wenn ihnen hin und wieder eine richtige Kritik gelingt so eben zufällig.

***

Die Frage ist:welcher Zusammenhang besteht zwischen Schulung und Organisation ? welcher Zusammenhang besteht zwischen Betriebspolitik

und Hochschulpolitik ? welche Rolle spielen dabei ARBEITERSACHE, INFO, MV ? wie ist der Arbeitszusammenhang zwischen SALG, BPG III, Betriebsgruppen und Verteilergruppen einerseits und Projektgruppen, Technologie, Kinderladen, Verlagscooperative andererseits als Zusammenhang von Schulung und Empirie, praxisbildender Theorie und theoriebildender Praxis sinnvoll zu organisieren ? Aus der Antwort auf diese Frage wird sich eine sozialistische, antirevisionistische Politik eher entfalten lassen, als aus autistischem Gemunkel, selbst wenn dies wahresenthält: die Antwort auf diese Fragen wird den Unterschied zwischen Vorläufigkeit und Zufälligkeit erhellen. Es wird sich ein Begriff von Diszplin entfalten, der mit dem politischer Solidarität korreliert. (Arbeitsstil ist eine sehr abgeleitete Sache.)

II

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß eine sich sozialistisch, antirevisionistisch bezeichnende Politik sich nicht an der (eben nur literarisch, welcher Art sonst waren Theoriebildungsprozesse während der antiautoritären Phase?) tradierten Äußerlichkeit von wissenschaftlciher Intelligenz und Proletariat fixieren kann, ohne zugleich in Geschichtslosigkeit zurückzufallen. Wir wiesen immer wieder auf die Emanzipationseinheit von wissenschaftlicher Intelligenz und Industrieproletariat hin, die sich entfaltet aus der kapitalistischen Unterdrückungstotalität von Kopfarbeit und Handarbeit, die sich ökonomisch in der reellen Subsumtion der ursprünglich als Gratisproduktivkraft existierenden Wissenschaft unter das Kapital begründet und ihren ideologischen Ausdruck im enthistorisierten Bewußtsein findet, welches eben nicht zu Klassenbewußtsein sich heben kann, solange es an der Wahrhehmung der objektiven Möglichkeit von ökonomischer und politischer Emanzipation gehindert wird. Unter diesem Gesichtspunkt allein kann sich sinnvoll Kritik als Waffe entwickeln, kann eben jener Zusammenhang zwischen Parolen wie "Studenten in die Betriebe" und "Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren" , der natürlich der unmittelbaren, sinnlichen Wahrnehmung entzogen ist, erkannt werden.

Nicht länger kann aufrechterhalten bleiben die Trennung von Hochschulpolitik und Betriebspolitik, nicht länger kann kritiklos die Bildung studentischer und eben studentischen Politisierungsprozessen entstammender Betriebsgruppen lanciert werden. Auf diese Weise gerät Politik zwangsläufig in die Isolierung, ist sie nicht mehr in der Lage sich als Kampfzusammenhang auszudrücken, bezieht sie sich notwendig nicht auf kapitalistische Herrschaft als Totalität, ist sie ebenso notwendig unfähig, Klassenbewußtsein als ein "parteiliches Totalitätsbewußtsein" zu entfalten.

Folgerichtig auch wird dann über Organisation und Schulung praxisfern mit dem Rücken zur Geschichte diskutiert, rückt chronologische Aufspaltung des Verhältnisses von Theorie und Praxis an die Stelle von dessen Dialektik. Zwar hat diese Formalität den Vorteil, Disziplinierungserwartungen zu befriedigen und Erfolgserlebnisse auf der Ebene autoritären Lernens zu vermitteln; jedoch weist sie sich gerade dadurch als einfacher Spiegel noch dazu liberalkapitalistischer Pädagogik aus.

Eine Politik, die auf die formale Disziplinierung verzichtet , um sich überhaupt konkretisieren zu können, kann derlei Befriedigung schwerlich geben. Genau dies aber charakterisiert gegenwärtig die Lage insofern, als eben gerade diese Unkontrollierbarkeit als Alibi funktioniert. Dabei wird völlig übersehen, daß sich gerade aus den Implikationen der Erkenntnis von der Produktions- und Verwertungseinheit von Kopf- und Handarbeit auch Kontrolle immanent entfaltet, mithin sinnvolle Arbeitsteilung und also auch Disziplinierung. Konkret wird dies, betrachtet man die Verbindung von Hochschulpolitik und Betriebspolitik, untersucht man das Verhältnis vom INFO zur ARBEITERSACHE, bestimmt aus der Funktion der Betriebsgruppen die Funktion der Verteilergruppen, entwickelt man daraus ein Schulungsprogramm und leitet man daraus her die jeweils notwendigen Institutionalisierungen.

Die Fortsetzung dieses Artikels im nächsten Info wird versuchen, diese Verbindungen zu entwickeln.

Axel-R. Oestmann
BPG III

ÜSTRA - AKTION 70

Daß die diesjährige Üstra-Aktion nicht mit der vom letzten Juni verglichen werden kann und somit anders beurteilt werden muß, zeigen die Aspekte, unter denen die Aktion geführt werden sollte:

1. Basisverbreiterung, d.h. Vergrößerung der Gruppen,
2. Einführung der"Arbeitersache",
3. Ein politisches Faktum wäre es auch gewesen, wenn wir keine Aktion gemacht hätten. (Was wir uns erkämpft haben, hätten wir uns kampflos wieder nehmen lassen).
   Da die DKP Proteste angekündigt hatte stellte sich die Frage, ob die Agitation den Revisionisten überlassen werden sollte.

I.

Bevor auf die einzelnen Punkte eingegangen wird, eine Kritik zur Vorbereitung. Die zweifellos zu kurzfristige Vorbereitung der Aktion führte dazu, daß einige Aspekte , z.B. die zu erwartende Taktik der Polizei, nicht ausreichend diskutiert werden konnten. Zulange hatten wir uns auf die fraktionellen Auseinandersetzungen eingelassen. Die damit bedingten spontanen Handlungen erwiesen sich in bestimmten Situationen der Polizei gegenüber allerdings als vorteilhaft. Tatsächlich negative Folgen hatte die späte Vorbereitung in zwei Punkten:

1. Der schon seit Januar angelaufenen Kampange der Stadt und Üstra traten wir zu spät entgegen. Hätte unsere Agitation schon zu der Zeit eingesetzt, als die Betriebsrats-und Gewerkschaftsversammlungen sich mit diesen Problemen beschäftigten, wäre es der DGB-Bürokratie wahrscheinlich nicht so leicht gefallen, die Mitglieder zu übergehen und sich auf die Seite der Stadt zu stellen.
2. Die Analyse der Stimmung in den Betrieben erfolgte ungenügend. Die Berichte einzelner Genossen wurden überbewertet und der Erfolg der Propagandakampagne unterschätzt.

II.

Im einzelnen ist zu den obengenannten Aspekten folgendes zu sagen:

Zu 1.

Der Grad der Mobilisierung von Genossen zu verbindlicher Arbeit in Gruppen ist, auf eine Aktion beschränkt, schwierig festzustellen, da schließlich nicht davon ausgegangen werden kann, daß nach einer einmaligen Mobilisierung die Erkenntnis der Notwendigkeit sich zu organisieren vermittelt werden kann. D.h. die Entwicklung einer Politisierung, die zu der Erkenntnis notwendiger, verbindlicher, politisch revolutionärer Arbeit führt, ist als Prozeß zu sehen, in denen eine Aktion wie die zur Fahrpreiserhöhung ihren Stellenwert hat, aber nicht isoliert von anderen bewußtseinsverändernden Momenten betrachtet werden kann. Der Erfolg einer Aktion in Bezug auf die Basisverbreiterung kann also nicht allein danach gemessen werden, wieviele neue Genossen organisiert werden konnten.
Bei der SALG konnte nach der Aktion ein neues "Auffangkollektiv" zusammengestellt werden. Über die Integrierung der noch nicht organisierten Verteilergruppen in die verbindliche Arbeit muß zwischen SALG, BPG und den Verteilergruppen noch eingehend diskutiert werden.

Zu 2.

Die Einschätzung, daß das Thema Üstra der günstigste Zeitpunkt war, die "Arbeitersache" in die Betriebe einzuführen, hat sich als richtig erwiesen. Die Aufnahmebereitschaft und das Interesse ist nach den ersten zwei Ausgaben als durchaus günstig zu bezeichnen. Ob die anderen mit der Zeitung verbundenen Erfolgskriterien erfüllt werden können, ist an anderer Stelle später zu analysieren.
Auf Grund des Üstra-Termins ist die Konzipierung der Zeitung noch nicht abgeschlossen (s. Info 5/70 S. 7). D.h. dieses Thema wird noch auf einer Arbeitskonferenz der SALG, BPG, Info und Co-op zu behandeln sein.
Die Verteilung und Herstellung ist schon jetzt gut angelaufen.

Zu 3.

In Bezug auf die DKP hat die Aktion gezeigt, wie man mit Gruppen, die nicht unsere revolutionäre Perspektivenhaben, zusammenarbeiten kann. Unsere gesamte Agitation vor den Betrieben wurde völlig unabhängig von der DKP geführt. In der Argumentation wurden die Unterschiede klar herausgestellt, ohne die DKP direkt anzugreifen. Lediglich in der Innenstadt demonstrieten wir gemeinsam. Hier wäre eine direkte Konfrontation abzulehnen, da sie nicht vermittelt

werden könnte und somit nur ein Bild zerstrittener und sich bekämpfender Linker in der Bevölkerung hervorrufen würde.

III. Die Demonstrationen in der Innenstadt: Eine Bürgeraktion im Stile des letzten Jahres war weder vorgesehen noch war sie aufgrund der veränderten Bedingungen möglich. Die Aktionen in der Stadt sollten flankierende Maßnahmen für unsere Agitation im Betrieb sein. Es war die erste Aktion in Hannover, wo wir nicht versucht haben, die Schüler und Studenten massenhaft zu mobilisieren, sondern uns ganz auf die Betriebe konzentriert haben. Was natürlich nicht heißen kann, daß die Arbeit an den Schulen vernachlässigt werden soll. Die Ignorierung der Volks- und Realschüler, wie es die in Lequidierung begriffene alte SBG getan hat, hieße das Proletariat nicht nur nach seiner Klassenzugehörigkeit, sondern auch altersmäßig zu begrenzen. Daß die Aktionen in der Innenstadt nicht erfolgreicher waren (auch wenn sie nur von sekundärer Bedeutung für uns waren, hätten sie erfolgreiche sein können), lag nicht zuletzt an der recht geschickten, gut vorbereiteten Polizeitaktik. Da die Polizei die strategisch wichtigen Punkte besetzt hatte, konnte sie sich relativ passiv verhalten, d.h. wir mußten angreifen, was eine Solidarisierung in der Bevölkerung verhinderte. Lediglich bei den Verhaftungen zeigte sich größere Empörung. Durch diese Aktionen und den Aufmarsch der Polizei, insbesondere die "Wagenburg" am Steintor, wurde der Polizeistaatscharakter der BRD manifestiert, was in der Argumentation in der "Arbeitersache" noch aufgegriffen werden muß. Wenn es darum ging zu klären, warum nicht mehr Teilnehmer bei den Kundgebungen waren, blieb das schlechte Wetter oft unerwähnt, da es doch sehr nach einer Ausrede klingen könnte. Die Funktion des Wetters in die Beantwortung der Frage miteinzubeziehen, heißt natürlich nicht gleich, die Frage verneinend zu beantworten, ob man auf die Mitarbeit von "Genossen" verzichten kann, die sich vom Regen an der Teilnahme von Aktionen abhalten lassen.
Das Verhalten der ML-Fraktion bei der Aktion scheint uns der Erwähnung wert zu sein. Den Verhaftungen von Genossen wurde von den mit Regenschirm erschienenen Beobachtern mit "beobachtendem"Blick zugeschaut. Wie ein derartiges Verhalten mit ihrem sich selbst gegebenen Namen "Marxisten-Leninisten" zu vereinbaren ist, ist uns unklar.

IV. Zu unserer Agitation
Wie schon gesagt, setzte die Agitation zu spät ein, um der Manipulation der Stadt wirksam entgegentreten zu können. Da unsere Agitation praktisch eine Antwort auf die Propaganda der Stadt war, hätte man sich noch stärker und in direkterer Form mit deren Argumentation auseinandersetzen müssen. Auch Preissteigerungen als unabwendbar im Kapitalismus darzustellen, ist noch ungenügend geschehen. Es bestand die Gefahr, daß unsere Argumentation reformistischen Charakter annahm. Diese Fehler müssen auf jeden Fall in der "Arbeitersache" vermieden werden.

V. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Aktionen in der Innenstadt hätten erfolgreicher sein können. Unsere Agitation vor und in den Betrieben dagegen, insbesondere durch die "Arbeitersache", hat uns längerfristige Perspektiven für die Betriebsarbeit eröffnet. Unser Fehler bei der ganzen Aktion war die mangelnde Vorbereitung. Daraus müssen wir lernen, d.h. die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Gruppen muß vertieft werden; wäre das schon der Fall gewesen, hätten auch die Diskussionen im Aktionskommitee effektiver sein können.

Zentralkollektiv
der SALG

"KINDERKOLLEKTIV I - KINDERLADENARBEIT IN HANNOVER"
BROSCHÜRE 2.-DM
zu beziehen über
ALVONS DIEMER
3 HANNOVER
BOEDEKERSTR. 30
TEL. 22387

Anmerkungen zur P r e s s e f r e i h e i t

Die Freie Presse als Rathauspresse (Analysen zur Üstra-Berichterstattung)

(alvnos diemer)

Vor nicht ganz einem Jahr trafen die Chefredakteure der drei Hannoverschen Lokalzeitungen (HAZ, HP, HR) eine geheime Absprache: mittels eines bürokratisch-blanquistischen Schachzugs sollte der Linken das Maul gestopft werden. Es sollte ganz einfach nichts mehr über APO-Veranstaltungen und Demonstrationen geschrieben werden. (Der Spiegel, 26.5.1969) So konnte man in der Hannoverschen Presse kaum etwas lesen über die Streiks an Ingenieur-, Werkkunst- und Zweiter-Bildungsweg-Schulen. Deren Ursachen und Hintergründe wurden völlig verschwiegen. Desgleichen konnte man nichts lesen über die Demonstrationen und Kundgebungen während der Messezeit, nichts über Polizeirat Hesses psychopathischen Knüppeleinsatz, nichts über unsere Anstrengungen, die Hannover Messe als Forum zur Aufklärung über den Bildungsnotstand zu benutzen. Die Freiheit der Presse gab sich unverschämt als Freiheit der Pressebourgeoisie zu erkennen.

Während der 2. Üstra-Blockade trat die Presse wieder auf als monolithischer Block, die Interessen des Kapitals zu schutzen. Ihr Vorgehen war allerdings raffinierter, verschleierter, vorsichtiger. Wir müssen die Manipulationstaktiken der Bewußtseinsindustrie genau analysieren, um unsere agitatorischen Schritte (auch im Kampf gegen die bürgerliche Presse) besser bestimmen zu können.

Wenn wir den Kampf gegen die Pressemanipulation der Kapitalistenjournaille (wieder) aufnehmen, müssen wir - um geschichtsblinde Strategien zu verhindern - lernen, die Prinzipien bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit (also auch das Prinzip der Pressefreiheit) historisch-materialistisch abzuleiten. Wir haben dabei zu entfalten die Dialektik von bürgerlicher und proletarischer Revolution. Die Dialektik, in ihrer historischen Gestalt entfaltet, muß fatale Folgen haben für die bürgerliche Klasse.

Engels schreibt in "Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" (Dietz, Berlin-Ost, 1963) in zwei scheinbar sich widersprechenden Sätzen prägnant über das antagonistische Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat, wie es in der Frage der Pressefreiheit sich darstellt:

> "Und wenn jemand sich einbilden sollte, die jetzige Regierung würde die Presse, das Vereinsrecht und das Versammlungsrecht von den jetzigen Fesseln befreien, so gehört er eben zu den Leuten, mit denen nicht mehr zu sprechen ist. Und ohne Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht ist keine Arbeiterbewegung möglich" (S.57).

Bourgeoisie und Proletariat hatten in den bürgerlichen Revolutionen zusammen gegen Feudalismus, Krautjunkretum und Reaktion die liberalen Prinzipien des Rechtsstaates erkämpft: Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, allgemeine Wehrpflicht, kommunale Selbstverwaltung etc.etc.

> "Wir haben gesehen, daß Bourgeoisie und Proletariat beides Kinder einer neuen Epoche sind, daß sie beide in ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit darauf hinarbeiten, die Reste des aus früheren Zeiten überkommenen Gerümpels zu beseitigen. Sie haben zwar unter sich einen sehr ernsten Kampf auszumachen, aber dieser Kampf kann erst ausgefochten werden, wenn sie einander allein gegenüberstehen. Erst dadurch, daß der alte Plunder über Bord fliegt, wird 'klar Schiff zum Gefecht' gemacht - nur daß diesmal das Gefecht nicht zwischen zwei Schiffen, sondern am Bord des einen Schiffes zwischen Offizieren und Mannschaft geschlagen wird" (S.58).

Mit der bürgerlichen Revolution hatte die Bourgeoisie die Herrschaft erkämpft und die "alte, vorsindflutliche Gesellschaft" abgelöst. Die moderne Gesellschaft stellt sich nun dar als Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat. Erst diese klare antogonistische Gesellschaftsstruktur - wo die zwei Klassen in einem Boot sitzen als Offiziere und Mannschaft - konnte die Zeit reif machen für die Sozialisierung der Gesellschaft, für die proletarische Revolution.

> "Die Bourgeoisie hat gar keine andere

geschichtliche Stellung, als die erwähnten riesenhaften Produktivkräfte und Verkehrsmittel der modernen Gesellschaft nach allen Seiten hin zu vermehren und aufs höchste zu steigern, durch ihre Kreditassoziationen auch die Produktionsmittel, welche aus früheren Zeiten mit überliefert sind, namentlich den Grundbesitz, sich in die Hände zu spielen, alle Produktionszweige mit modernen Hilfsmitteln zu betreiben, alle Reste feudaler Produktionen und feudaler Verhältnisse zu vernichten und so die ganze Gesellschaft zurückzuführen auf den einfachen Gegensatz einer Klasse von Kapitalisten und einer Klasse von besitzlosen Arbeitern. In dem Maße, wie diese Vereinfachung der gesellschaftlichen Klassengegensätze stattfindet, wächst die Macht der Bourgoisie, aber in noch größerem Maße wächst auch die Macht, das Klassenbewußtsein, die Siegesfähigkeit des Proletariats; nur durch diese Machtvergröße rung der Bourgoisie bringt es das Proletariat allmählich dahin, die Majorität, die überwiegende Majorität im Staate zu werden" (S.49)

Doch im Schoße jeglicher bürgerlichern Revolution ist bereits angelegt die Diktatur des Proletariats:

> "Die Bourgoisie kann ihre politische Herrschaft nicht erkämpfen, diese politische Herrschaft nicht in einer Verfassung und in Gesetzen ausdrücken, ohne gleichzeitig dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben" (S.58)

Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verwirklichen bedeutete für die Meinungs- und Pressefreiheit: dem Proletariat einen nicht unwesentlichen Machtfaktor über das Kapital zugestehen; hieße: die Presse zu einer Arbeitersache machen; hieße: permanente Agitation und Propaganda über die Lage der Arbeiter publizieren; hieße: Pressediktatur des Proletariats. Doch die rechtsstaatlichen Prinzipien im bürgerlichen Sinn sind ein Widersinn, sind ein edler, frommer Wunsch.

Was aber bedeutet dies für eine Strategie der Arbeiterbewegung? Es bedeutet nichts anderes, als dies: Die Arbeiterklasse muß die Bourgoisie zwingen die Prinzipien der Pressefreiheit etc. konsequent durchzuführen.

> "Dies ist aber auch alles, was das Proletariat von ihr(der Bourgoisie) zu verlangen braucht. Es kann nicht fordern, daß die Bourgoisie aufhöre, Bourgoisie zu sein, aber wohl, daß sie ihre eigenen Prinzipien konsequent durchführt"(59)

"Selbst in dem äußersten Fall, daß die Bourgoisie, aus Furcht vor den Arbeitern, sich unter der Schürze der Reaktion verkriechen und an die Macht der ihr feindlichen Elemente um Schutz gegen die Arbeiter appelieren sollte - selbst dann wird der Arbeiterpartei nichts übrigbleiben, als die von den Bürgernverratene Agitation für bürgerliche Freiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger fortzuführen. Ohne diese Freiheit kann sie selbst sich nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat" (S60)

Freiwillig jedoch wird die Bourgoisie dies nicht tun. Freiwillig wird sie kaum bereit sein, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln, indem sie dem Proletariat ihre bestenWaffen in die Hand drückt. Die Verwirklichung der rechtsstaatlichn Prinzipien würden zum Bumerang, der den Rechtsstaatlern selbst den Schädel zerschmettern würde. So wird sich die bürgerliche Klasse laufend in Widersprüche verstricken müssen, Widersprüche, die der ideale Nährboden sind, zur Politisierung der Arbeiterklasse, Widersprüche, die erlauben, daß sich die politische Klasse organisiert, kämpfen lernt gegen die bürgerliche Klasse für bürgerliche Freiheiten, für die verratenen Prinzipien, die notwendigerweise verratenen Prinzipien des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat. Und organisierter Kampf der politischen Klasse, auch um "bürgerliche Freiheiten", ist, wenn er sich gegen die bürgerliche Klasse richtet, ja, notgedrungen richtet muß,- Klassenkampf. Den Kampf gegen die kapitalgefesselte Presse führen, heißt die Dialektik von REform und Revolution entfalten, wie sie von Rosa Luxemburg entwickelt wurde. Wir müssen die Freiheit der Presse verstehen lernen als plitisches Recht der Arbeiterklasse.

"Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Bersserung der Lage desarbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletariscehn Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein untrennbarer Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform d a s M i t t e l, die soziale Umwälzung aber d e r Z w e c k ist.(R. Luxemburg, Spzialreform oder REvolution, in: R.L.: politische Schriften, Leipzig 1969, S.

Konkret bedeutet dies für uns: Aufbau einer Gegenpresse, die in allseitiger Agitation auch die bürgerliche Presse entlarvt und die Lage der Arbeiter aus der historischen Aufgabe des Proletariats beschreibt. Weiter bedeutet dies: den Kampf gegen die Presse selbst aufnehmen durch Aktionen, Entschleierungskampagnen, Aufzeigen der Widersprüche im Lager der Bourgeoisie selbst.
Wenn wir versuchen, im Zusammenhang unserer "allseitigen Agitation" (Lenin) den Kampf gegen die Presse wieder akzentuierter aufzunehmen, so scheinen wir an die Kontinuität unserer eigenen Tradition als Neue Linke anzuknüpfen. War es nicht der Presse-Cäsar Springer mit seinem sog. Nachrichtenmonopol, insbesondere seiner BILD-Zeitung, der uns verhalf (neben Notstandsparlamentariern und Ordinarienuniversität) zur Massenbewegung zu werden? Waren es nicht die Produkte des Springerkonzerns, die uns jene Sensibilität für Manipulation und Unterdrückung beibrachten, die notwendig war, daß wir zur Massenbewegung anwuchsen? So viel ist richtig. Doch die Zeiten haben sich geändert. Der Kampf gegen die Presse wird heute unter völlig verschiedenen Vorzeichen geführt werden müssen.

Die Anti-Springer-Kampagne war getragen, trotz aller aktionistischen Offensivität, von defensiv-bürgerlicher Protesthaltung. (s. dazu: Der Untergang der BILD-Zeitung, SDS-/KU-Autorenkollektiv, o.J., S.75ff, S. 114ff). Wir waren damals, als radikal-demokratische Studentenbewegung noch nicht in der Lage, und könnten es dem historischen Stand der Bewegung nach auch gar nicht sein, den Kampf gegen Springer unter der Dialektik von radikal-demokratischen Reformforderungen und revolutionärer Organisierung der Massen zu sehen. Antrieb unseres Protests war die Empörung über den manifesten Abbau rechtsstaatlicher bürgerlicher Prinzipien, die wir exemplarisch präsentiert bekamen an den Beispielen der Meinungsmanipulation (Springer), des Abbaus selbst formal-demokratischer Rechtsstaatprinzipien (Notstandsgesetze) und der satzungsmäßigen Zerstörung der Autonomie von Wissenschaft und akademischer Ausbildung (Hochschulgesetze). Es war "die trauernde Erinnerung an die verlorengegangenen liberalen Ideologien der autonomen und bedürfnislosen Rechtsperson, des parlamentarischen Marktes und gerechten Tauschverkehrs" (H.J. Krahl, Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein, INFO 6, 1969), die uns aufstehen ließen, die Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen gegen die Bürger selbst zu verteidigen. Wir kämpften um eine Illusion. Die Parole "Enteignet Spring wurde von uns nicht agitatorisch, sondern ernst gemeint: als hätte sich etwas geändert. wäre Springer tatsächlich (durch uns oder die Günther-Kommission) enteignet worden!

Zwar ist es richtig, daß selbst in dieser Phase die Dialektik von Reform und Revolution angelegt war. Nur waren wir zu dieser Zeit noch zu geschichtsblind, um dies zu begreifen. Schon immer bildete die Konfrontation mit der Staatsgewalt jenes Totalitätsbewußtsein heraus, das die Fesseln des systemimmanenten theoretischen Rahmens zu sprengen in der Lage ist, und das dem Kampf antikapitalistischen Charakter verleiht. Insofern war die Studnetenrevolte von derselben Bewußtseinsstruktur getragen, wie sie Lenin den in ökonomistischen Kämpfen verharrenden Arbeitern beimißt. Und Lenin erkannte sehr wohl, die in diesen Kämpfen angelegte Dialektik von Sozialreform und Revolution, wenn er z.B. in Was tun? - entgegen seiner Grundthese, daß das politische Klassenbewußtsein dem Arbeiter (mechanistisch) n u r v o n a u ß e n gebracht werden könne - sagen läßt:

> "Es ist doch ganz und gar nicht klug, wenn ihr sagt, es sei Aufgabe der Sozialdemokraten, dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen; das ist nur der Anfang, und nicht darin besteht die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten, denn in der ganzen Welt, darunter auch in Rußland, b e g i n n t d i e P o l i z e i o f t s e l b s t, dem ökonomischen Kampf politischen Charakter zu v e r l e i h e n, und die Arbeiter lernen selber begreifen, auf welcher Seite die Regierung steht" (Was tun?, Ausgewählte Werke Bd.I, S.205).

Dies heißt doch: ein systemimmanenter Anlaß (z.B. Kampf um höhere Löhne, Kampf gegen Pressemanipulation etc) ist Mittel zur Organisierung der Massen, die dann - im Kampf gegen die Staatsgewalt (quasi durch den Polizeiknüppel)-politisiert werden, und in diesem Kampf selbst jene emanzipativen Gehalte erfahren, die die Massen befähigen, politische Macht als Zielperspektive zu antizipieren.

Wenn wir den Kampf gegen die ideologische Gleichschaltung der Presse, wie sie sich in unzweideutiger Weise während der Üstra-Aktionen gezeigt hat, aufnehmen, so wird dieses unter anderem Vorzeichen geschehen als der Kampf gegen Springer. Wir können nicht mehr der Illusion nachrennen, als wäre innerhalb des kapitalistischen Systems Meinungs- und Preßfreiheit möglich. Die Legende vom freien

Markt und gerechten Tauschs von Meinung und Information gehörte von Anfang an ins Wolkenkuckucksheim. Wir müssen die bürgerlich-rechtsstaatlichen Prinzipien vom Standpunkt der Arbeiterklasse interpretieren, d.h.: als absterbende. Nur so können wir den Zick-Zack-Kurs zwischen (theoretischem) Opportunismus und (aktionistischem) Putschismus, den wir (wenigstens teilweise) jahrelang hielten, vermeiden. Nur so können wir Agitationsmodelle entwickeln, die es ermöglichen, in eine organisierte Kommunikation mit relevanten Teilen der lohnabhängigen Massen zu treten.

Ein zweiter Punkt: Die Erfahrung der Anti-Springer-Kampagne, deren theoretische Legitimation sich vor allem aus kritischen Inhalts-Analysen der BILD- Zeitung speisten, lassen sich nicht ohne weiteres auf die Lokalpresse übertragen. BILD ist eine Boulevardzeitung. BILD geht es nicht primär um Informations-Übermittlung, sondern um anderes, wie es in der von Springer selbst in Auftrag gegebenen "Psychoanalyse der BILD- Zeitung" nachzulesen ist. (Qualitative Analyse der BILD-Zeitung, Hamburg 1966, S.192/93).

> "BILD geht auf die verborgenen Wünsche und Antriebe der Leser ein, indem ein gewisses Maß an Sensationen und Sex, an Berichten von Unglücksfällen und Verbrechen vorgestellt wird. Der Leser hat so die Möglichkeit seine Es-Ansprüche ersatzweise zu befriedigen, ohne daß er damit den eigenen Bestand und das gesellschaftliche Gefüge gefährdet" (S.192)
> "BILD schafft damit durch das Wechselspiel und die Regulierung der Ansprüche von Ich und Es-Bereichen eine Anpassung und Konditionierung ihrer Leser an die sie umgebende Realität und leistet so eine wichtige seelische und praktische Hilfe" (S.193).

Die Lokalpresse hat demgegenüber andere Funktionen. Sie hat, unter dem Schein von Objektivität und sachlicher Informationstransmission, mindest teilweise andere Manipulationstechniken einzusetzen, um eine "Anpassung und Konditionierung ihrer Leser an die sie umgebende Realität" zu leisten. Die BILD-Zeitung nutzt zynisch alle antikapitalistischen Ressentiments aus, um "Es-Ansprüche e r s a t z w e i s e zu befriedigen". Der agitationsstrategische Ansatz, den wir aus dieser Erkenntnis ableiteten, war darum von vornherein zum Scheitern verurteilt:

> "Wir griffen die Springer-Presse als Lügenpresse an, ohne zu wissen, daß die mächtigste Triebkraft der BILD-Zeitung nicht Lüge und Verfälschung, sondern Enttäuschung und Frustration ist" (Der Untergang der BILD-Zeitung, S.116).

Demgegenüber haben wir es bei der strategischen Einordnung des Kampfes gegen die Lokalpresse einfacher. Die lokale Tagespresse ist in ihrer Aufmachung nach nicht auf Ersatzbefriedigung standardisiert, sondern sie will informieren. Der strategische Ansatz wird es sein müssen, diese Informationspresse als Lügenpresse zu entlarven.

So sieht der neue Fahrschein aus

1 Monat in der Tasche – und der Fahrschein gilt wieder

erz. **Hannover, 20. März**

Jedermann kann kostenlos mit Straßenbahn, Postbus und Bundesbahn fahren. Dieses Schlaraffenland hat sich in dieser Woche im Großraum Hannover aufgetan.

Die Gratis-Fahrer dürfen sich dabei nur nicht erwischen lassen. Doch wer geschickt ist, kann Kapital aus einem Schildbürgerstreich des Verkehrsverbundes schlagen. Die neuen Einzelfahrscheine tragen nämlich nur die Uhrzeit, das Datum des Tages und die Linie. Hinweise auf Wochentag, Monat und Jahr fehlen. Entwertet werden die Einzelfahrscheine nur das erstemal: durch einen Stempel.

Ein Beispiel: Wer am heutigen 20. März einen Einzelfahrschein kauft, kann ihn getrost zur selben Zeit am 20. eines beliebigen Monats wieder benutzen. Wer täglich um dieselbe Zeit von und zur Arbeit fährt, braucht nur einen Monat lang Einzelfahrscheine zu lösen. In den anderen Monaten benutzt er die alten. Einziges Risiko: Die Seriennummer.

BILD 17.3.

In der Presse über die Anti-Üstra-Aktionen scheinen vier Punkte bemerkenswert:

1. Die Diktatur der Sachzwänge oder die Blaue Blume

Monatelang bereiteten die Lokalzeitungen Hannovers den Tag der Tariferhöhungen der Üstra vor. Eindeutig stellten sie sich auf den Standpunkt der Stadtbürokratie. Sie priesen die Vorteile des neuen Systems. Die Anpreißungen inden Zeitungen unterschieden sich dabein in nichts von der Reklame-, Anzeigen- und Prospekteflut, mit der die Stadt die Bevölkerung überschüttete. Bürokraten und Presse arbeiteten konkordant. Offen wird dies zugestanden:

"Alle Vorteile des neuen Systems...sind der Öffentlichkeit inzwischen auf den verschiedensten Wegen und a u c h i n u n s e r e r Zeitung eingehend geschildert worden" (HAZ 14/15.3.)

Ein "modernes und beispielhaftes Verkehrskonzept" sei entwickelt worden, behaupten die Zeitungen. Warum dies so sei, wird mit zweierlei Argumenten belegt:

1.

> **Der 60-Pfennig-Tarif, den die Leute mit dem Roten Punkt bekämpfen wollen, ist nicht das Produkt der Routine eines starren Verwaltungsapparates, sondern das in monatelangen Beratungen, Diskussionen, hier und da beinahe in Kämpfen ergrübelte Ergebnis politischer Willensbildung in den parlamentarischen Gremien aller beteiligten Körperschaften. Nicht eine Handvoll Üstra-Leute und Verwaltungsbeamte haben den Tarif festgesetzt, sondern eine dreistellige Zahl von politisch Verantwortlichen hat ihn mit einer Jahressumme von 18 Millionen Mark aus Steuergeldern ermöglicht.**
>
> HAZ 14/15.3.

So ganz sicher scheinen sich die Herrschenden der Loyalität der Massen nicht mehr zu sein: sie betreiben Image-Pflege. Die Bürokratie wird zum Grübel-Gremium. Der Verwaltungsapparat wird zum parlamentarischen Willensbilder. Entschlüsse werden von Massen, einem Plebiszit politisch Verantwortlicher, deren Zahl zwischen 100 bis 1000 liegt, teach-in-artig scheints, gefällt. Die Steuern sind sinnvoll eingesetzt.

Wer aber weiß, wie anarchisch die neue Tarifregelung zustande kam, deren einziger Sinn eben nicht in dem Versuch einer neuen und modernen Tarifgestaltung lag, sondern zum Ziel hatte, das durch die Schlappe vom letzten Juni angeknackste Prestige des Apparats wieder aufzupolieren, der kann über diese Eiertänze nur lachen.

2.

> **Der 50-Pfennig-Tarif hingegen, für den die Aktionskomitees auf die Barrikaden und vielleicht sogar auf die Schienen gehen wollen, war ein unter Zeitdruck zusammengebasteltes und nicht genügend durchdachtes Resultat, dessen Beibehaltung alle kommunalen Kassen im Großraum noch stärker strapazieren und andere Ausgaben zum Wohle der Bürger beeinträchtigen würde.**
>
> HAZ, 14./15.3

Die viel zitierten Sachzwänge, "zum Wohle der Bürger", sind anachronistisch geworden, seit Verkehrsexperten den O-Tarif als einzig rationale Möglichkeit zur Lösung der Probleme des öffentlichen Nahverkehrs angegeben haben. (Wenn nur nicht die Automobilindustrie wäre!) Doch das Vorbeten der Sachzwänge nutzt das von den lohnabhängigen Massen verinnerlichte Tauschprinzip aus, um "zum Wohl der Bürger" die Arbeiter übers Ohr zu hauen. Die Anarchie der Infra-Struktur (entweder billiger Straßenbahn fahren und weniger Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten... oder teuerer Straßenbahn fahren und (schlechte) Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten...) wird zum Realitätsprinzip politischer Räson. Nicht der gesellschaftliche Reichtum kann Bezugspunkt sein zur humanen Gestaltung der Distribution und Zirkulation, solange die Produktionsmittel in Händen weniger Kapitalisten liegen. Wer nennt die Zeitungen, die dies zum Inhalt ihrer Leitartikel machten?

So muß die Bourgeoisie ihre Winkelzüge verkaufen als biedermeierliche Paradiesektien. Mit dem Großraumfahrschein in der Hand wird man zum Globetrotter (innerhalb eines Gebietes, das - laut Üstra-Prospekten - so groß wie das Saarland sei), die "Blaue Blume" im Herzen. Das Einordnen in die Barbarei der Sachzwänge taucht die Massen in süßlichen Kitsch (HAZ, 16.3.):

> **Der kleine hellblaue Beamte, der oben auf dem Bahnsteig an einem Mast festgeschraubt ist und (als rein technische Konstruktion, die er darstellt) nur das gelegentliche Klicken seiner eingebauten elektrischen Stempeluhr von sich gab, biß erfreut auf den neuen Großraumfahrschein Nr. 030528, schlug ein verborgenes Glöckchen an und ließ den Kartonstreifen wieder los – eine aufgestempelte „16/03" zwischen der winzigen Automatenkennziffer und die auf fünf Minuten genaue Zeitangabe bezeichneten den historischen Tag, an dem er zum ersten Male für den Verbund aller öffentlichen Nahverkehrsmittel tätig wurde.**

Dann zog eine elektrische Lokomotive fünf silberne Wagen in das Gleis 10 des Hauptbahnhofs hinein, die Türen öffneten sich, spien eilig davonstrebende Fahrgäste aus und saugten die Wartenden vom Bahnsteig ab; rasch setzte sich der Zug wieder in Bewegung. Sein Ziel war Lehrte, das er binnen 16 Minuten erreichen sollte, und schon in Höhe der Stadthalle hatte er gute 120 Kilometer in der Stunde drauf – als die Eisbahn am Pferdeturm vorüberhuschte, begann er bereits die Bremsen anzuziehen für den ersten Halt auf dem Bahnhof Kleefeld. Ein kurzes Erlebnis; genau drei Minuten dauernd, aber doch einigermaßen ausreichend, um ein zukunftsfrohes Gefühl zu erwecken; von der Rückfahrt mit der Straßenbahnlinie 5 war das jedenfalls kaum zu sagen, zumal ja auch ein weiterer Fahrschein notwenig wurde. („Umsteigen können Sie, so oft Sie wollen", hatte die Dame in der Üstra-Verkaufsstelle erklärt, „aber natürlich nicht einen Kreis beschreiben.)

Man hätte den Tag eigentlich ganz anders feiern müssen, mit einer kombinierten Straßenbahn-Postbus-Reise hinauf nach Lichtenhorst horst oder den Fasanenkrug nicht nur mehr als Endziele, sondern als Übergangsstationen offerierten, und selbst der Flughafenbus war bereit, jedermann für 60 Pfennig mit hinaus nach Langenhagen zu nehmen; es hätte gar nicht so ungeheuer überrascht, wenn dort auch Rundflüge übers Großraumgebiet unter Benutzung desselben Fahrscheines möglich gewesen wären.

Aber am schnellsten kam man wohl mit den „Silberpfeilen", voran, die vom Hauptbahnhof nach Osten und Westen ausliefen, und auch wenn man von ihrem Angebot aus momentan nur gedämpfter Reiselust wenig Gebrauch machen mochte, erlebte man um sie herum doch den stärksten Aha-Effekt. Die Sperren in der Halle des Hauptbahnhofs waren am Wochenende entfernt worden, und die schwerbeschädigten Bundesbahnbeamten, die dort Karten geknipst hatten, trugen nun gelbe Bänder mit der Inschrift „Information" an den Mützen; auch leuchteten zwei nagelneue Automaten für Einzelfahrscheine (Erwachsene 80, Kinder 40 Pfennig) dem noch etwas unsicheren Publikum entgegen, und daneben wies schon der erste Entwerter mit einem Pfeil auf seinen Schlund mit dem Stempelgebiß.

Sonst allerdings blieb er so stumm wie seine Kollegen weiter hinten und oben auf den Bahnsteigen sowie an den kleineren Bahnhöfen im Großraum-Tarifgebiet auch, und das war mindestens für die Anfangszeit ein Handikap. Im dicken Berufsverkehr, so wurde ruchbar, drückte sich allerlei Volk unabsichtlich (oder auch nicht ganz unabsichtlich) an den sprachlosen Knipsern vorbei – und sparte sich dann natürlich, wenn der Kontrolleur nicht mehr rechtzeitig durchs Gedränge kam, den fabelhaften Großraumfahrschein für eine neue Reise auf. Pa.

Bei so viel Silbrigkeit und Bläulichem klingt es natürlich weniger nach Mörike und Lyrik, wenn man feststellt, daß die primäre Funktion des öffentlichen Nahverkehrs der Transport der Ware Arbeitskraft dorthin ist, wo sie sich verkauft gegen geringes Entgeld.

2. Die Linke: Zwischen Geheimbündelei und Kinderkreuzzüglern

Auffällig ist: der bärtige, langhaarige Krawallmacher ist aus den Journalen verschwunden. Die negative Identifikationsfigur des Antiautoritären scheint ihre Funktion eingebüßt zu haben. Möglicherweise ist dies ein "Erfolg" d Juni-Aktionen, wo jene "langhaarigen Affen" sich plötzlich als die legitimen Vertreter de Interessen der lohnabhängigen Massen eingepr haben.

Weiter fällt auf: Personalisierungen linker "Rädelsführer" werden vermieden. Es wird zwar erwähnt, daß Rädelsführer von der Polizei fes genommen worden seien; aber Namen werden nicht genannt. Gesprochen wird bisweilen von "Sprechern" und "Aktionsleitern".

Mehr und mehr scheint sich das Stereotyp des Linken vom "Anarchisten" wegzubewegen hin zum clandestin organisierten Geheimbündler. Die "linksradikalen Gruppen" als Blanquisten, die z.B. "Schmierkolonnen" losschicken - als eine "Kolonne" von der Polizei aufgeschnüffelt wurde, konnte amn anderntags in der Zeitung lesen "Die Mädchen und auch ein im Auto sitzender Student weigerten sich, Auskunft über ihren Auftraggeber zu geben";(HR, 16.3.) - oder aber - nach genauem Plan- die Führung von Demonstrationen zu übernehmen versuchen. (Bereits am Steintor war zu erkennen, daß linksradikale Gruppen die Führung zu übernehmen versuchten" - HAZ, 20.3).

Ihre politische Stellung bleibt ambivalent: einerseits bürgt das Stigma "linksradikale Gruppen", die "Klas-sen-kampf" skandieren (HAZ, 21. 22.3) für ihre Gefährlichkeit, andererseits wird aber versucht, diese Gefährlichkeit zu neutralisieren, indem als stilisiertes Fußvolk "vorwiegend junge Leute im Schulalter" (hp, 20. 3.) auftreten, die wohl von clandestinen Rattenfängern in Auftrag genommen wurden, also verführte Opfer sind. Kennzeichnend dafür folgende Passage (HAZ, 21./22.3.):

> Weil sie bezeichnend ist, sei nur noch eine Szene vom Donnerstag geschildert. Als am Opernhaus Polizeibeamte sich bemühten, die Türen einer blockierten Straßenbahn geschlossen zu halten, um ein Eindringen von Demonstranten zu verhindern, rissen vier Jugendliche, höchstens fünfzehn Jahre alt, drei Jungen und ein Mädchen mit fanatisierten Gesichtern unter ihren kleinen Schutzhelmen, aus einer Baustelle einen Balken, nahmen ihn wie einen Rammbock zwischen sich und gingen auf die Straßenbahn los. Sie kamen nicht weit. Fünf Männer verschiedenen Alters und sichtlich aus unterschiedlichen Bevölkerungskreisen, unter ihnen ein Ratsherr, beendeten den Kinderkreuzzug handgreiflich; worauf die vier Repräsentanten der Schülerbasisgruppen sich eiligst verkrümelten.

3. Die Machtfrage versteckt zwischen Indianer-Jargon und technokratisierter Sprache

Die Zeitungen versuchten von anfang an den Konflikt herunterzuspielen. Sie entwickelten ein ganzes Arsenal von Techniken, um zu verschleiern, daß bei diesem Ereignisse sowohl von der Stadt als auch von der Linken - in Kategorien der Macht gedacht und gehandelt wurde.

Auffallend war, daß anstelle emotionaler Schilderungen positivistisch exakt registrierte Zahlen, Details und Ereignisse abgegriffen werden. Machtkampf in technokratisierten Kategorien! Doch einige Brüche weist diese Tendenz auf: die Zahl der Demonstranten, seismographischer Gradmesser für Massenmobilisierung, wird heruntergespielt: hp spricht am Donnerstag von "einigen hundert Demonstranten", HAZ übernimmt von Blizei-Einsatzleiter Boge die Ziffer 1000. Zweifellos waren es sehr viel mehr Demonstranten (3000) Desgleichen wird das Polizeiaufgebot nicht so recht beim Namen genannt. Hier müssen Metahern aus dem Wilden Westen herhalten: am Steintor hätte die Polizei "eine Wagenburg" (hp) errichtet, als spielte man Räuber und Gendarm!

Mit der kalkuliert sachlichen Sprache gelang es, die Härte der Auseinandersetzungen zu verniedlichen. Die Freitag-Ereignisse stellen sich dann so dar (HAZ):

> **Anschließend formierte sich ein Demonstrationszug linksradikaler Gruppen, der am Hauptbahnhof von der Polizei unter Schlagstockeinsatz aufgelöst wurde. Dabei gab es mehrere Leichtverletzte, etwa ein Dutzend wurde festgenommen.**

Kein Wort über die Brutalität des Knüppeleinsatzes, kein Wort über die Hetzjagd und Verhaftung des Genossen Weiberg, kein Wort von dem Einsatz von Pistolen gegen Demonstranten, kein Wort über die eindeutigen Vorbeugehaftmaßnahmen (z.B. gegen Genossen Krovoza). Letzten Juni lamentierte von Thadden noch:

(Auszüge aus den Protokollen der Landtagsdebatte vom 19.6.69, INFO 5, 1970)

> **Von Thadden (NPD): ...So weit, daß die Polizei heute schon gezwungen wäre, Pistolen überhaupt in die Hand zu nehmen, ist es meines Erachtens noch nicht. (Minister Kubel: Eben!) Noch nicht! Aber — und darum geht es — es gilt eine Eskalation zu verhindern, bei der das Ziehen der Pistolen in absehbarer Zeit ein zwangsläufiges Mittel sein wird. Das ist das Thema, über das wir hier zu sprechen haben.**

Jetzt ist es, scheint es, so weit. Vorbeugehaft und Waffengebrauch scheinen bereits so alltäglich, daß die Presse darüber kein Wort zu verlieren braucht.

> **Alles das, meine Damen und Herren, wäre in dieser Eskalation niemals möglich gewesen, wenn zu Beginn, und zwar spätestens an dem berühmten Dienstag, die Polizei die kleine Gruppe von etwa 25 Hauptakteuren — der Kriminalpolizei seit eh und je als gute alte Kundschaft namentlich bekannt, weil sie immer wieder mit ihnen Kontakt hatte — kurzerhand hoppgenommen und eingesperrt hätte.**

Selbstredend vertuschte die Presse völlig die Argumentation, mit der wir die Blockade antraten. Mehr als daß die Redner die "Abschaffung der neuen Tarife" gefordert hätten, ist nicht zu erfahren. Dafür ließt man als Balkenüberschrift: "Tausende kamen wegen Demonstrationen zu spät" (HAZ, 20.3.). Stereotyp wird widerholt, daß die "Demonstration gegn die Üstra wenig Beifall fand" (hp,2o.3.).

Aus dem Rahmen fällt diesmal die hp, deren Kommentare um etliches schärfer sind als die der HAZ. Sie zählt das Treiben der Demonstranten auf, aber auch merklich zurückhaltend:

> **An einigen Stellen — so in der Kurt-Schumacher-Straße, am Steintor und auf der Georgstraße — kam es zu Rangeleien mit der Polizei, als kleinere Trupps der Demonstranten versuchten, in haltende Straßenbahnen einzudringen, Züge auseinanderkuppelten und die Scheiben der Wagen mit roter Farbe beschmierten.**

Das Verhalten der Polizei wird allgemein als geschickt taktierend dargestellt. (Was nicht stimmt!? (hp, 20.3.):

> **Die Polizei, die mit mehreren Hundertschaften in der Innenstadt verteilt war und am Steintorkreisel eine Wagenburg errichtet hatte, ließ sich nicht provozieren. Selbst als einzelnen Beamten die Dienstmützen entrissen wurden, beschränkte sie sich darauf, die Straßenbahnzüge zu sichern. Trotzdem konnte es geschehen, daß am Kröpcke ein Fahrer der Linie 1 durch eine geborstene Scheibe hindurch von Demonstranten bewußtlos geschlagen wurde.**

(Diese letzte Information ist falsch, wie es aus den Pressemitteilung des nächsten Tages ersichtlich ist (s.u.))Ihrem ganzen Tenor nach sprengt sie den Rahmen dessen, was sonst noch über die Donnerstagdemonstrationen geschrieben wurde!)

Im großen Ganzen war folgender Ton vorherrschend:

> **eine erste Bilanz: In etwa zehn Fällen sind Beamte tätlich angegriffen worden. Ein Straßenbahnfahrer, ein Polizist und ein Demonstrant mußten ins Krankenhaus gebracht werden.**

4. Das faschistische Syndrom: Erinnerungen an die wilden Horden

Während der Üstra-Blockade gab es nur einen Helden. Zwar wurden die Charktermasken aus Rathaus und Bürokratien mit all ihren Auftritten registriert, sprengten aber nie die Rolle der Staffage:

> **Unter den Zuhörern waren Oberbürgermeister Holweg, Innenminister Lehners, Oberstadtdirektor Neuffer und weitere Kommunalpolitiker in großer Zahl.**
>
> HAZ, 20.3.

Heinz Walter Krebs, 42 J, Straßenbahnführer der Linie 1 wurde gewürdigt mit Besuch, Blumen, Geschenken, mit ausführlichen Zeitungskommentaren und Photo. Am Donnerstag sollte er, laut hp "durch eine geborstene Scheibe hindurch von Demonstranten bewußtlos geschlagen" worden sein. Am Freitag waren nur noch Mutmaßnahmen zu lesen über das plötzliche Ohnmächtigwerden des wackeren Mannes. Das ganze sieht aus, als wäre es gestellt, schlechtes Boulevardtheater, Kitschtragödie im Kleinbürgermilieu.

Die neue Identifikationsfigur der manipulierten Massen soll ein schwacher, kreislaufgestörter Mann sein: ein negativer Held. Mitleid als erste Tugend des Kleinbürgertums. Der Schwache, unschuldig seinem Tagwerk nachgehende, bereits etwas dickliche Alltagsmann wird hinterrücks von den schweifenden Rebellenhorden bewußtlos geschlagen.

„Polizei fährt zum Schutz in den Bahnen mit"

Viele gute Wünsche für baldige Genesung, Blumen vom Großraumverband und einen Präsentkorb von der Stadt erhielt gestern der 42jährige Einmannfahrer Heinz Walter Krebs, der bei den Demonstrationen von Oberstadtdirektor Martin Neuffer, der selbst nicht kommen konnte, da er an einem starken Migräneanfall litt.

Großraum-Verbandsdirektor Hartwig F. Ziegler, der stellvertretende Vorsitzende der Verbandsversammlung Heinrich Rosemeyer und der Vorsitzende des DGB, Kreis Hannover, Fritz Theilmann, waren erste Besucher des Fahrers im Henriettenstift. Wenig später kam als Vertreter der Stadtverwaltung und des Rates Dr. Günther Porr, persönlicher Referent von Oberstadtdirektor Martin Neuffer, der nicht kommen konnte, da er an einem starken Migräneanfall litt.

Als die Scheibe brach

Heinz Walter Krebs kann sich kaum an die Ereignisse erinnern. Er sah, wie die Seitenscheibe neben seinem Sitz zerbrach, im nächsten Moment wurde er ohnmächtig: „Mir ist aber, als hätte der Mann irgendetwas in der Hand gehabt, womit er zuschlug. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich einfach nur durch die platzende Scheibe ohnmächtig wurde."

Ein Augenzeuge schildert den Vorfall so: „Ein etwa 40jähriger Mann war offensichtlich sehr erregt und beschimpfte den Fahrer. Dann schlug er mehrmals mit den Fäusten gegen die Scheibe." Dann soll die Scheibe — sie ist aus Plastik und unter großer Spannung in den Rahmen eingefügt — zersprungen sein. Ein anderer Augenzeuge: „Ein Stück der Scheibe, etwa 15 mal 15 Zentimeter groß, traf den Fahrer mit voller Wucht an der Stirn."

Der mutmaßliche Täter, 33 Jahre alt, wurde von empörten Passanten festgehalten und der Polizei übergeben.

hp 21.3.

Klassenkämpfe sind "gewiß das autoritärste Ding, das es gibt" (Engels): was hier aber ans Sentiment der Massen gehen will ist nicht der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, sondern der heimtückische Schlag des Pervertierten gegen ein unschuldig Opfer. Hier gleitet die lokale Tagespresse ins Boulevard-Niveau von BILD. Antikapitalistische Resntiments, gestaute Aggressioene werden systemerhaltend kanalisiert, gegen die, die dem, was diese Aggressionen erzeugt, den Kampf angefangen haben.

Die Presse erwähnt nichts von der Gewalt der Polizei, die bestimmt um vieles schmerzhafter war, als die Schwäche dieses älter werdenden Mannes, dessen schwache Konstitution davon herrührt, daß er tagtäglich in aufreibender Arbeit, inmitten anarchischer Verkehrsverhältnisse seine Arbeitskraft verkaufen muß. (Nicht umsonst ist die Lebenserwartung des Proletariats sehr sehr viel geringer als die der 'Bürger')

Die Tagespresse müßte voll und übervoll sein von "rührenden Geschichten", wenn sie tatsächlich die relevanten Gewalttaten erzählte:

> "An jedem Werktag verunglücken in der gewerblichen Wirtschaft nahezu 8000 Arbeitnehmer. 15 von ihnen finden dabei den Tod."
> "Die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft in Hannover meldet für das Jahr 1969 einen Anstieg der Arbeitsunfälle um 12,7% gegenüber dem Vorjahr - von 91375 auf 102944" (Der Spiegel,23.3.70)
> Ob die auch alle hohen Besuch bekommen?

Hier gelingt es der Staatsgewalt noch einmal als Schützer sich zu maskieren (siehe die Überschirft!). Das, was das System der Gewalt gewaltsam verteidigt gegen die Interessen der Massen,spielt sich auf als Interessenvertreter der Massen. Unter Tränen wird ans faschistische Potential der Massen appelliert, ihre Idnetifikation mit der Gewalt, mit dem Staat, mit der Autorität nicht zu vergessen.

Diese Affäre sprengte den Rahmen der sonst üblichen redaktionellen Gestalwährend der 2.Üstra-Blockade. Danach verschanzte sie sich wieder hinter begriffslosen "Informationen". Dieser Stil der Sachlichkeit scheint eine neue Strategie der Herrschenden gegenüber der Linken anzudeuten: die Linke wird aufgenommen ins technokratische Kalkül.

Fahrzeit - unbezahlte Arbeitszeit

DIE FAHRZEIT AUF DEN ARBEITSTAG ANRECHNEN!

Die Fahrt zum Arbeitsplatz aus UNTERNEHMERPROFITEN bezahlen!

Kolleginnen und Kollegen!

WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN !

Durch unseren solidarischen Kampf haben wir im letzten Jahr einen Erfolg über die ÜSTRA und die Bürokraten der Stadt errungen. Wir haben deutlich gemacht:

DER KAMPF GEHT WEITER !

Heute beweist uns die Stadtverwaltung, daß wir recht hatten. Die Preise sollen wieder erhöht werden: für Sammelkarten um 20%, für Einzelfahrten um 33%.

Verdeutlicht man sich noch einmal die Tatsache, daß die Arbeiter die Verkehrsmittel benützen, um in die Betriebe zu fahren, um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen; verdeutlicht mansich, daß die Kapitalisten ihre Profite nicht selbst erarbeiten, sondern daß sie dazu die Arbeiter brauchen, dann erscheint es absurd, daß die Arbeiter für die Fahrt in die Betriebe auch noch bezahlen müssen.

Schon mit der Fahrt in die Betriebe beginnt der Arbeitstag. Dies haben sogar die Unternehmer schon erkannt, die die Arbeiter auf ihrem Arbeitsweg bereits versichern. Weitergehende Konsequenzen können sie sich wegen ihrer Profitinteressen jedoch nicht erlauben. Noch aus dem Transport der Ware Arbeitskraft, die die Arbeiter in den Betrieben verkaufen müssen, schlagen sie Profit: ein P r o f i t a u s d e m G e s c h ä f t, d i e W a r e A r b e i t s k r a f t z u t r a n s p o r t i e r e n, wie die Bundesbahn Rohmaterial in die Fabriken transportiert.
Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Kapitalisten darauf angewiesen sind, daß die Ware Arbeitskraft in die Betriebe transportiert wird.
Sie wissen genau:

ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN UNSER STARKER ARM ES WILL !!!

Deshalb haben sie in diesem Jahr die Fahrpreiserhöhung der ÜSTRA auch besser vorbereitet. Sie haben im letzten Jahr gesehen, daß die Arbeiter in der Lage sind, ihre Forderungen gemeinsam durchzusetzen und wirksamen, die Profitinteressen der Kapitalisten gefährdenden Widerstand zu leisten. Sie haben gesehen, daß einige Stunden Streik sie einen Haufen Geld kosten können. Deshalb haben sie in diesem Jahr einen Teil ihrer Profite für tausende von Werbeprospekten für den neuen Großraumtarif verwandt.
Um auch den letzten Arbeiter, den Werbeprospekte und Flugzettel nicht von den Vorzügen der Fahrpreiserhöhung überzeugt haben, rumzukriegen, haben sie am Montag, dem ersten Tag des neuen Tarifs, massenhaft Polizei eingesetzt, um den 60 Pfg-Tarif werbewirksam durchzusetzen.
Wieviel Polizisten die Unternehmer doch brauchen, um die Großzügigkeit des neuen Tarifs zu demonstrieren!
Sie haben dafür sogar 6 Personen, die absolut nicht verstehen wollten, daß eine Fahrpreiserhöhung ihren Interessen entsprechen soll, verprügelt und verhaftet.

Alles bekannte Szenen. Wir kennen sie aus dem letzten Juni.
Doch wir müssen erkennen, daß nicht die Polizei unser Hauptfeind ist, sie ist nur Handlanger des Kapitals.
Unser erstes Ziel wird es sein, den Unternehmern beim Suchen des Geldes zu helfen, das es ihnen ermöglicht, unsere Fahrt zum Arbeitsplatz aus ihren Profiten zu bezahlen.

Wir treffen uns jeden Tag um 17.oo h in der Stadt (vor dem Opernhaus')

WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN !

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-,
Schüler- und Studentengruppen Hannovers

c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

Koleginnen und Kollegen!

WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN!!

Durch Solidarität haben wir im letzten Jahr einen Erfolg über die ÜSTRA und die Bürokraten der Stadt errungen. Wir haben deutlich gemacht:

DER KAMPF GEHT WEITER!!

Heute beweist uns die Stadtverwaltung, daß wir recht hatten. Die Preise sollen wieder erhöht werden: für Sammelkarten um 20%, für Einzelfahrten um 33%.

Die scheinheilige Rechtfertigung lautet: 'Der Stadtverkehr ist zwar teurer geworden; dafür haben wir aber auch den Großraumtarif.' Hier sind die Fahrpreise angeblich billiger geworden. A b e r :

1) Ein Arbeiter, der täglich mit dem Zug von Lehrte nach Hannover fährt, bezahlte bisher für eine Monatskarte 20 DM. Jetzt muß er 40 DM berappen. Dafür kann er auch am Sonntag zum Steinhuder Meer fahren. Eine schöne Vergünstigung!!

2) Wer im Großraum in einen Bus der Bundesbahn oder der Bundespost steigt und eine Bahn- oder Post-Zeitkarte besitzt, wird eine böse Überraschung erleben, wenn er anschließend für die ÜSTRA noch mal bezahlen muß. (Bekanntmachung vom 7.3.)

Dies sind nur zwei Beispiele für die vielen Widersprüchlichkeiten des "fortschrittlichen" Nahverkehrssystems.

Den Herren von der Stadt ist offenbar in den neun Monaten seit der Blockade immer noch nichts eingefallen. Sie sagen: Zahlen wir mehr Subventionen für den Nahverkehr, dann fehlt uns das Geld für Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten.

Uns ist aufgefallen:

Die Unternehmer bezahlen für Unfälle auf dem Weg zum Arbeitsplatz. Sogar sie haben schon erkannt, daß die Fahrzeit zur Arbeitszeit zuzurechnen ist.
Sogar sie sehen ein:

FAHRZEIT IST ARBEITSZEIT!!

Uns ist eingefallen:

Es ist ein bitterböser Witz, daß die Unternehmer nicht einmal für unsere Fahrtkosten aufkommen, für Kosten, die entstehen, wiel wir unsere Arbeitskraft ihnen verkaufen müssen.

Wir fordern:

Die Fahrt zu ARBEITSPLATZ und AUSBILDUNGSSTÄTTE aus UNTERNEHMERPROFITEN bezahlen!!

Wir wissen:

Streichen wir die Unternehmerprofite, dann haben wir genug Geld für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und den öffentlichen Nahverkehr.

Mit Beträgen, die in die Millionen gehen, versucht die Stadtbürokratie, uns für dumm zu verkaufen. Das lassen wir uns nicht bieten.

Wir werden für unsere Interessen zu kämpfen wissen. Wir werden in der Stadt wieder zeigen, daß wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Wir wissen aber:

Dort sind wir am stärksten, wo wir die Profite erarbeiten: in den Betrieben!!
Wieviel teurer als die Subventionen kommt es die Unternehmer wohl,
wenn wir ein paar Stunden streiken?!

Kollegen, laßt uns den Kampf gemeinsam aufnehmen - in den Betrieben und in der Stadt!!

X

Ab Montag, dem 16. 3. werden wir regelmäßig zusammenkommen
UM 17.00 Uhr auf dem Opernplatz!!

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-,
Schüler- und Studentengruppen Hannovers
c/o AStA TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

Kolleginnen und Kollegen!

Gestern haben wir einen ersten Erfolg errungen!
Die Stadt glich einem Polizeiheerlager. Den Steintorkreisel hatte die Polizei in eine "Wagenburg" (hp) verwandelt. Trotzdem gelang es uns, im Anschluß an eine Kundgebung auf dem Opernplatz, die Straßenbahnen zeitweilig zu blockieren.

Was sind das für Verbesserungen, die mit einem derartig massiven Polizeieinsatz durchgesetzt werden müssen!
Vor wem hat man eigentlich Angst? Will man verhindern, daß auch dieses Jahr wieder die Betriebsbelegschaften den Aktionsforderungen entschiedenen Nachdruck verleihen? Geht es wirklich nur gegen jene sog. "kleine radikale Minderheit", oder fürchtet man nicht vielmehr den seit den erfolgreichen Straßenbahnblockaden und den Septemberstreiks wachsenden Widerstand.
Um diese Widerstands- und Aktionsbereitschaft unter Kontrolle zu bringen und einzudämmen, ist aber nicht nur Polizei aufgeboten worden. Für ihre sog. "Öffentlichkeitsarbeit", für Zeitungsanzeigen in 60 Zeitungen, für Hunderttausende von Prospekten und Handzetteln, für Meinungsumfragen und Gutachten haben sie 2 Mio - das entspricht den jährlichen Subventionskosten des Erwachsenentarifs im Großraum. Ein Psychologe und einen public-relation-(Werbe-)Fachmann wurden aus Bonn nach Hannover abkommandiert. Die Kollegen kennen diese Art von "Wissenschaftlern", die mit den Unternehmern kollaborieren als Arbeitsplatzbewerter, Zeitstudieningenieure, Betriebspsychologen.
Wer garantiert uns denn, daß die Anhebung des Einheitstarifs auf 60 Pf. nicht der Anfang für weitere Preissteigerungen ist - erleben wir doch tagtäglich die Verteuerung auf allen Gebieten (Mieten, Lebensmittel, Konsumgüter).
Die Kollegen sagen: Eure Parolen sind gut. Aber müssen wir nicht doch letzten Endes wieder dafür zahlen (freie Fahrt zum Arbeitsplatz, die Fahrzeit auf den Arbeitstag anrechnen)? Der Unternehmer hat die Macht, neue Kosten, die ihm entstehen auf die Preise abzuwälzen. Kollegen, wir müssen Euch sagen: Der Kampf gegen die erneute Erhöhung der Fahrpreise kann nur ein Anfang sein, kann vor allem nicht isoliert geführt werden. Kollegen, wir müssen Euch fragen: Wo liegt die Quelle des Preisdiktats der Unternehmer? Sie liegt im privaten Besitz von Maschinen, Fabrikhallen, Rohstoffen - antworten alle jene, die irgendwann einmal und immer wieder den Kampf gegen die unbeschränkte Profitschneiderei aufgenommen haben und immer wieder aufnehmen.
Nur aufgrund dieser privaten Verfügungsgewalt kann sich eine kleine Minderheit die Mehrheit des gesellschaftlichen Reichtums, den die Arbeiter produzieren aneignen: Weniger als ein TAusendstel der Bevölkerung besitzt 45 % des gesamten Vermögens der Bundesrepublik. Im ersten Jahr der " Konzertierten Aktion" (1967) stiegen die Unternehmerprofite um 17,8 % - Löhne und Gehälter dagegen nur um 5,2 %.
An einem, wenn auch beschränkten Punkt muß der Widerstand gegen das Preisdiktat sichtbar werden. Die Preiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr kann erneut dieser Punkt werden.
Gemeinsam diskutierend, uns oragnisierend, kämpfend sind wir stark, stärker als zeitweilige Niederlagen, stärker als das, was sich jetzt Nacht für Nacht und Tag für Tag auf unseren Straßen gegen unsere Interessen zusammenrottet, was in Amtsstuben und Rathäusern schlottert, daß die Massen sich wieder gegen sie stellen.

Heute, Freitag, den 20.3. wieder Kundgebung vor dem Opernhaus.

AKTIONSKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN ARBEITER-, SCHÜLER UND STUDENTENGRUPPEN HANNOVERS

REDAKTION "Arbeitersache"

c/o AStA der TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

SALG SALG SALG SALG SALG SALG SALG SALG

Kolleginnen und Kollegen

In der letzten Woche haben wir versucht, uns solidarisch gegen die Preiserhöhungen im Nahverkehr zur Wehr zu setzen. Bisher konnten wir einen Erfolg wie im letzten Juni nicht erringen. Die Stadt hatte Polizeikräfte aus ganz Niedersachsen zusammengezogen, um die Autorität der Staatsgewalt, die im letzten Jahr verlorengegangen war, wieder herzustellen.
Wir haben gesehen: Setzt die Staatsgewalt in der Stadt ein massiertes Polizeiaufgebot ein, sind wir auf der Straße machtlos.
Wir haben deshalb klargestellt, dort wo wir unsere Arbeitskraft verkaufen, dort wo wir dem Kapitalisten noch die Profite verschaffen, sind wir am stärksten!
Unsere Forderung

FREIE FAHRT ZUM ARBEITSPLATZ

muß und kann daher nur von den Betrieben ausgehend verwirklicht werden.
Unser Kampf galt nicht der Stadtbürokratie allein, sondern vor allem denen, die die wirkliche Macht in diesem Staat haben - den Unternehmern.
Jedoch, von heute auf morgen konnte der Kampf in den Betrieben nicht aufgenommen werden. Das heißt für uns nicht Resignation. Vielmehr ist die letzte Woche ein neuer Beweis, daß es darum geht uns zu organisieren, um mit einer offensiven Strategie der Herrschaft des Kapitals ein Ende zu bereiten.
Die Sozialistische Arbeiter und Lehrlingsgruppe Hannover SALG, früher AHL, ist eine Gruppe, die den antikapitalistischen Kampf vorbereiten soll. Unsere Aufgabe muß darin bestehen, in sozialistischen Betriebsgruppen unsere Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Wir wissen, daß wir zur Zeit nur Teilerfolge erringen können.
Doch diese Teilerfolge sind wichtig, um unsere Organisation in den Betrieben voranzutreiben, und schließlich die Herrschaft des Kapitals zu brechen.

Wir fordern alle Lehrlinge und jungen Arbeiter auf, die mit unseren Zielen übereinstimmen, bei uns mitzuarbeiten.

Treffpunkt: Freitag, d. 27.3. um 19.30 Uhr im ESG-Heim, Ludwig Brunsstr. 9-11

SOZIALISTISCHE ARBEITER UND LEHRLINGSGRUPPE HANNOVER

SALG SALG SALG SALG SALG SALG SALG SALG

WAS WIR GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Ab heute sind die ÜSTRA-Fahrpreise um 20% bzw. 33% erhöht worden!! Vorbereitet wurde diese Fahrpreiserhöhung durch eine massive Manipulationskampagne, die vom Presse, ÜSTRA und Stadt getragen wurde. Folgendes Argument tauchte für eine Fahrpreiserhöhung auf: Die Stadt kann dann Subventionen für den sozialen Bereich nicht aufbringen. Dieses Argument ist (vom Standpunkt der Stadt aus gesehen) berechtigt.
Daher forderten wir in unserem ersten Flugblatt:

DIE FAHRT ZU ARBEITSPLATZ UND AUSBILDUNGSSTÄTTE AUS UNTERNEHMERPROFITEN BEZAHLEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Warum sollen ausgerechnet die Unternehmer die Finanzen der ÜSTRA verbessern??
Nach der Fahrpreiserhöhung soll ein Arbeiter mit einem monatlichen Durchschnittsverdienst von DM 750,- ca. 5% seines Lohnes dazu verwenden, um dahin zu kommen, wo er das einzige, was er zu verkaufen hat, verkauft - seine Arbeitskraft!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Folglich ist Fahrgeld direkter Abzug vom Lohn, bzw. ist Fahrzeit verlängerte Arbeitszeit, denn sie ist direkter Abzug von der Freizeit(im Versicherungsrecht wird die Fahrt zum Arbeitsplatz wie Arbeitszeit behandelt).

Um zu verhindern, daß die durch diese Maßnahme entstehenden Verluste an Unternehmerprofiten auf Warenpreise abgewälzt werden, wird weiterhin eine wirksame Kontrolle der Unternehmer durch Arbeitervertretungen notwendig!!

Darum laßt uns gemeinsam mit Arbeitern, Angestellten und Studenten dafür kämpfen, daß die Fahrt zu Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte aus Unternehmerprofiten bezahlt wird!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

X

Ab Montag, dem 16. 3. werden wir regelmäßig zusammenkommen
UM 17.00 Uhr auf dem Opernplatz!!!!

Unser Kampf steht unter der Parole:

WAS WIR UNS GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NICHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Schülerbasisgruppe I, zur Zeit im

Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers

C/O AStA TU Hannover Welfengarten 1 (SDS-Postfach)

WAS WIR UNS GEMEINSAM ERKÄMPFT HABEN, LASSEN WIR UNS NIHHT KAMPFLOS WIEDER NEHMEN

Die Werbekampagne der Stadtbürokraten und Üstrafunktionäre scheint unter der Schülerschaft Erfolg gehabt zu haben. Schlagworte und Slogans scheinen das kritische Bewußtsein ausschalten zu können. Bestechungsversuche in Form von verbilligten Monatsnetzkarten und Fahrerlaubnis für Sonn- und Feiertage sollen das politische Engagement ersticken. Diese Taktik, angewandt aus Angst vor Demonstrationen seitens der Schülerschaft, hat die Untergrabung einer erneuten Solidarität zwischen Schüler- und Arbeiterschaft, wie sie im Juni 69 bestand, zum Ziel. Die tatsächlichen Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler gehen auf Kosten der Arbeiterschaft!!
Am Montag und Dienstag dieser Woche kam es zu geplanten kleinen Stürungen des Üstra-Verkehrs in der Innenstadt, mitgetragen von dem Teil der Schülerschaft, der den Manipulationsversuchen widerstand.

In den großen Betrieben wie CONTI, HANOMAG, etc. entwickelte sich in den letzten Tagen ein entschlossener Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen. Es gilt jetzt die im Ansatz vorhandene Demonstationsbereitschaft der Schüler weiterzuentwickeln und sie mit der Empörung der Belegschaften der Betriebe zu koordinieren und zu oraganisieren. Darum erscheinen wir MASSENHAFT ZUR NOTWENDIGEN STRAßENBAHNBLOCKADE AM DO., DEN 19.3.70 AUF DEM OPERNPLATZ!!!!!
Am Mittwoch, dem 18.3. und Freitag, dem 20.3. etc. finden ebenfalls Demonstrationen ab 17 Uhr Opernplatz statt!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Wegen der unsicheren Witterung wird wasserdichte Kleidung empfohlen.
SBG 1 z.Zt. im Aktionskomitee der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen.
Die SBG 1 ist nicht identisch mit der SBG!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!
Hier der Brief eines Straßenbahnfahrers, der uns heute erreichte.
Richig! Uns wird Sand in die Augen gestreut und die Holweg und Neuffer halten uns für dumm.
Die Erhöhung von 50 auf 60 Pfennig ist eine Steigerung um 20 %. Wie verträgt sich dies mit den Aufrufen, den Anstieg der Preise zu stoppen? - Die meisten Fahrgäste der Üstra, die Bewohner der Stadt Hannover, benutzen die Straßenbahn um zur Arbeitsstätte, Einkaufszentrum usw. und zurückzukommen, sie benötigen den Großraumverkehr gar nicht! In einer von den Herren mit "freundlichen Grüßen" unterzeichneten Erklärung heißt es, daß man jetzt den ganzen Großraum"bereisen"kann.-
Hierfür muß nun der Einzelne für die tägliche Fahrt in der Stadt Hannover in einem Monat 6.- Dm mehr bezahlen. Für diesen Betrag kann man alle 4 Wochen mit Ausflugskarten der DB sogar über den Großraum hinaus, z.B. bis Minden oder Hameln gelangen. Wer von der großen Mehrzahl der Straßenbahnbenutzer Hannovers fährt aber schon jeden Monat, ob Winter oder Sommer, in die Umgebung? Doch vielleicht höchstens 2 oder 3 mal im Jahr.

Wir wollen keine Erhöhung der Fahrpreise für die Stadt Hannover, weil sie ungerechtfertigt ist!

Ein Straßenbahnfahrer.

TERMINE UND INFORMATIONEN

SDS - MV	: Sa.	17.00h	Cafeteria, Architekturgebäude, Königswortherplatz
öffentliche Redaktionssitzung	: Di.	17.00h	Psych. Seminar, Wunstorfer Str. 14 3. Stock Zimmer 421
Sozialistische Arbeiter- und Lehrlings- Gruppe (SALG)	: Fr.	19.15h	Freizeitheim Vahrenwald
Betriebsprojektgruppe III (BPG III)	: Do.	19.30h	Psych. Seminar, Zimmer 421
Basisgruppe Stadtsanierung Linden (BSL/ML)	: Di.	19.30h	Cafeteria, Architekturgebäude
Schülerbasisgruppe I (SBG I)	: Sa.	15.30h	Haus der Jugend, Maschstr., Raum 12
Projektgruppe Kinderladen	: Mo.	20.00h	Psych. Seminar, Bibliothek
AK Antiautoritäre Erziehung	: Do.	19.00h	Psych. Seminar, Bibliothek
Genossenhilfe	:		Tel.: 29356; 22387
Basisgruppe Hannover-Kolleg	:		Am Lindenhofe 14
Sex - Pol	:		H. Aragtschini, Striehlstr. 5
Sozialistisches Zentrum	:		Zum Langen Marsch, Engelbosteler Damm 22 ; Tel.: 714738
Parvus - Kommune ML	:		Podbielskistr. 105, Tel.: 690373

GRUPPENKONTEN

Zentrales SDS-Konto	: R. Lichte	PSchA Han.	242501
Konto der Genossenhilfe	: BfG		10077560
Sozialistisches Zentrum	: BfG		10991447
INFO-Konto	: Diemer, Spaka d. Hpstd. Han.		19402104

IMPRESSUM

Herausgeber	: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Gruppe Hannover
Redaktion:	: Borchardt, Börtzler, Lichte, Weiberg. 3 Hannover, Weckenstr. 3
Redaktionsschluß:	SDS-MV, eine Woche vor Neuerscheinen des Info Das INFO erscheint 14-tägig, jeweils samstags!